

50 Jahre Unabhängigkeit Algeriens: Konfliktbeladene Vergangenheit, schwierige Zukunft

Hanspeter Mattes

Am 5. Juli 2012 feiert Algerien mit zahlreichen Großveranstaltungen den 50. Jahrestag der Unabhängigkeit von Frankreich. Nach einem blutigen Unabhängigkeitskrieg (1954-1962) hatte das Land unter Führung der Nationalen Befreiungsfront (FLN) das Selbstbestimmungsrecht erkämpft.

Analyse

Der Jahrestag der Unabhängigkeit hat in Algerien eine Flut von Publikationen und Debattenbeiträgen ausgelöst, in denen die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche postkoloniale Entwicklung des ressourcenreichen Landes bilanziert wird. Die 1954 eingeleitete „algerische Revolution“ gilt angesichts der strukturellen Defizite in den Augen der meisten algerischen Analysten als gescheitert, zumindest als unvollendet.

- Das politische System ist zwar seit der Verfassungsreform von 1989 plural, die FLN und insbesondere die Nationale Volksarmee stellen aber immer noch die dominanten Akteure dar, deren Führung als Vetomacht fungiert. Die Staatsführung hat bislang mit Repressionen, Kooptation und Subventionspolitik eine effektive Opposition und demokratische Reformen verhindert.
- Die Wirtschaft lässt sich als eine auf der Extraktion von Erdöl und Erdgas basierende Rentenökonomie charakterisieren, die voll im Dienst des staatlichen Neopatrimonialismus steht. Die daraus resultierenden negativen Auswirkungen werden durch die Nachwirkungen des sozialistischen Entwicklungsexperimentes verschärft; zugleich gibt es Tendenzen zu einem Wirtschaftsnationalismus.
- Die politischen Umbrüche in Nordafrika, als „Arabischer Frühling“ bezeichnet, hatten bislang nur minimale Rückwirkungen auf Algerien, weil die fragmentierte Opposition zu keiner koordinierten Aktion fähig war und ist. Angesichts der Erfahrungen des Bürgerkrieges der 1990er Jahre stellten die islamistischen Parteien bei der Parlamentswahl im Mai 2012 keine Alternative dar.

Schlagwörter: Algerien, Nationbuilding, politisches System, politische Elite, Wahlen

Algerien 1962-2012: Anlass für Bilanzierungen

Der 50. Jahrestag der algerischen Unabhängigkeit ist – zumindest für die Staatsführung – ein Anlass für landesweite Festveranstaltungen und zugleich für viele andere Akteure ein Grund, aus ihrer jeweils spezifischen Sicht eine Bilanz der 1954 begonnenen algerischen Revolution zu ziehen, deren Ziel – unter anderem in der Charta von Algier (April 1964) festgehalten – neben Unabhängigkeit und Freiheit die Etablierung von Gerechtigkeit und nationaler Entwicklung im Kontext eines damals favorisierten sozialistischen Denkens war. Die staatlichen Einrichtungen und die Nationale Befreiungsfront (Front de Libération Nationale/FLN) tendieren dabei naturgemäß eher zur Hagiographie, so dass es Wissenschaftlern, Journalisten, Oppositionspolitikern und zivilgesellschaftlichen Gruppen vorbehalten bleibt, auch negative Entwicklungen aufzuzeigen und gegebenenfalls sogar Reformvorschläge zu unterbreiten. Die meisten Beiträge dieser Art kritisieren nicht nur die sich seit 1962 kumulierenden Defizite des politischen Systems und die negativen Effekte der nie überwundenen Rentenökonomie, sondern sehen nicht zuletzt wegen der blockierten politischen Transformation mit Sorge in die Zukunft.

Der Historiker Mohammed Harbi, der mit 15 Jahren zur FLN stieß und dort selbst Führungsfunktionen ausübte, kritisierte bereits Anfang der 1960er Jahre die „totalitäre Versuchung“ der FLN. In Zeitungsbeiträgen bekräftigte er 2012 seine damalige Beurteilung, denn auch wenn nach den Oktoberunruhen 1988 und der dadurch erzwungenen Systemöffnung die FLN 1989 ihre Alleinherrschaft einbüßte, habe sie ihre dominante Rolle im Staat bis heute nicht verloren. Die langjährige FLN-Führungspersönlichkeit Rédha Malek sprach im Interview mit *Jeune Afrique* (18. März 2012) deshalb von der unvollendeten algerischen Revolution. Die FLN habe zwar die Unabhängigkeit erkämpft, aber beim Aufbau einer gerechten und modernen Gesellschaft und der Etablierung der Grundfreiheiten – Gewissens-, Meinungs- und Pressefreiheit – versagt. Ursache dafür sei die Angst vor Pluralität, die als Gefahr für die Einheit des Landes angesehen werde. Algeriens Realität zeichne sich aber vor allem durch Pluralität, zu der seit 1962 nicht nur das Arabertum, das Berbertum (die Amazighité) und der Islam, sondern auch das Christentum, das Judentum und säkulare Ideologien zählen, und nicht durch von oben verordnete Einheitsidentität aus.

Für den algerischen Soziologen Addi Lahouari liegt wiederum bereits im bewaffneten Kampf das Grundübel der späteren Entwicklung: basierend auf Gewalt, auch wenn es die Gewalt der revolutionären Streitkräfte (der Nationalen Befreiungsarmee ALN) gegen den Kolonisator war, praktizierte die postkoloniale politische Führung ihrerseits Gewalt gegen all jene, die nicht den Kurs der Staatsführung vertraten. Sie wurden als Verräter der algerischen Revolution angesehen und deswegen Opfer von politischen Säuberungen wie zuletzt der Regimekritiker Ali Mécili im April 1987 in Paris. Zahlreiche Journalisten identifizieren deshalb den algerischen Staat und seine allmächtigen Sicherheitsapparate mit „Diktatur, Folter, Korruption und der Missachtung des Volkswillens“ (so z.B. Ahmed Selmane in der Zeitung *La Nation* vom 13. März 2012). Die zentrale Rolle der ALN bei der Erkämpfung der Unabhängigkeit bedingte im postkolonialen Algerien eine fortbestehende zentrale Rolle der Armee im politischen Akteurs- und Machtgefüge. De jure, also laut algerischer Verfassung, ist die Armee eine Institution des Staates unter Kontrolle des Staatspräsidenten. De facto kontrolliert die Armee aber bis heute das Präsidialbüro und bestimmt, wenngleich informell, wer Amtsinhaber wird. Die Armee ist deshalb für Lahouari das Synonym für den Staat und die algerische Nation schlechthin.¹

Andere Autoren (Darbouche 2011; Jabi 2012) werfen in diesem Zusammenhang einen kritischen Blick auf die politische Elite des Landes, die sich aus der Unabhängigkeitsbewegung rekrutierte, zwangsläufig militärisch verortet war und sich durch eine hohe Konstanz auszeichnet. Nach 50 Jahren postkolonialer Entwicklung sei sie physisch verbraucht, vergreist und ohne konkrete Pläne für den anstehenden personellen Führungswechsel.

Parallel zu den politischen Analysen hat es eine Vielzahl von Bilanzen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen gegeben. Sie alle konstatierten das Versagen des Staates beim Meistern der großen Herausforderungen der letzten Dekaden wie

- der Folgen der ungleichen Territorialentwicklung,
- der effizienten Raumentwicklung der überbevölkerten Küstenzone,
- der Lösung des demographischen Problems (Anstieg der Bevölkerung von 11,21 Mio. 1962 auf 38 Mio. 2012),

¹ Vgl. *El Watan*, Algier, *L'armée, l'état, la nation*, selon Addi Lahouari, 30. März 2012.

- der Bereitstellung von Arbeitsplätzen insbesondere für die jüngere Generation,
- der Verfolgung kohärenter Sektoralpolitiken, darunter besonders in den Sektoren Bildung, Gesundheit, Transport, Landwirtschaft und Industrie.

Die Kritiker, darunter der ehemalige Gouverneur der algerischen Zentralbank Abderrahmane H. Nacer (2012) und der Wirtschaftsprofessor Mebtoul, zugleich Vorsitzender der Association Algérienne de l'Économie de Marché (AADEM 2012), stehen in der Kontinuität früherer Analysen,² die das Hauptübel in den Fehlentwicklungen der Rentenökonomie sehen. Algerien, das Anfang 2012 über 182,2 Mrd. US-Dollar Devisenreserven verfügte, leide massiv unter der einseitigen Ausrichtung auf den Kohlenwasserstoffsektor. Laut Mebtoul müsse die Staatsführung deshalb endlich Schritte zugunsten einer Produktivwirtschaft außerhalb des Erdöl- und Erdgassektors einleiten, die Staatsmonopole abschaffen und eine Wettbewerbswirtschaft zulassen, in der der Staat höchstens als Regulator fungiert. Gegenwärtig „gebe Algerien doppelt so viel für zweimal weniger aus“, weil – so Mebtoul – Projekte schlecht konzipiert seien, Misswirtschaft, Bürokratie und Korruption vorherrschen und das Marktgeschehen zu 50 Prozent über informelle Märkte laufe. Die Folge sei eine überbeuerte lokale, global nicht konkurrenzfähige Produktion, zumal von schlechter Qualität; eine Folge der fehlenden Good Governance sei aber auch die hohe Abwanderung algerischer Hochschulabsolventen, vor allem in westliche Staaten, die Algerien nachhaltig schade.³

Konfliktbeladene postkoloniale Entwicklung

Bestandsaufnahmen und kritische Rückblicke auf die staatlichen Errungenschaften und Leistungen aus Anlass des 50. Unabhängigkeitstages Algeriens führen zur Kernfrage: Welche etablierten Strukturen, Ereignisse und Akteure werden weiterhin Einfluss auf die zukünftige Entwicklung des Landes haben? Einige politische Weichenstellungen der Vergangenheit, Versäumnisse der Politik und innenpolitische Entwicklungen, die auch künftig prägend wirken werden, lassen sich erkennen:

² Vgl. auch die Studie des ehemaligen Handelsministers Goumeziane, Smail (1994), *Le mal algérien. Économie politique d'une transition inachevée 1962-1994*, Paris: Fayard; diese Studie hat auch 2012 nichts an ihrer Aussagekraft verloren.

³ Vgl. u.a. sein Interview in: *Eco news*, Algier, 8. Juni 2012.

Die Wahl des Entwicklungsmodells

Algeriens sozioökonomischer Entwicklungsstand zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1962 war desaströs. Nach dem langen Befreiungskampf stellte sich für die Führer der FLN und der ALN deshalb nicht nur die Frage nach der Machtverteilung, sondern auch nach einem adäquaten Entwicklungskonzept. Ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurde – wie in zahlreichen anderen neu unabhängig gewordenen Staaten – ein sozialistisches Entwicklungsmodell favorisiert und ein Einparteiensystem aufgebaut, in dem Militär und Politik eng verflochten waren. Die Unzulänglichkeiten dieses Entwicklungsmodells traten spätestens in den 1980er Jahren mit dem Verfall der Weltmarktpreise für Erdöl offen zutage: Die staatlichen Dienstleistungen konnten nur notdürftig und durch externe Verschuldung aufrechterhalten werden, während die rigide Einparteiherrschaft eine konstruktive Diskussion notwendiger Reformen verhinderte. Folge war die in den 1980er Jahren zunehmende Protestbereitschaft der Bevölkerung gegen die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage und den sinkenden Lebensstandard.

Die erste missglückte politische und wirtschaftliche Öffnung

Zu einem formalen Bruch mit dem sozialistisch geprägten wirtschaftlichen und politischen System, der Einparteiherrschaft und der engen zivilmilitärischen Verflechtung kam es aber erst nach den landesweiten, überwiegend von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragenen blutigen Unruhen vom Oktober 1988. Diese erzwangen politische Reformen, in deren Mittelpunkt im Februar 1989 die Verabschiedung einer neuen Verfassung stand, die erstmals Parteien- und Vereinigungspluralismus zuließ. Zugleich wurden liberalisierende Wirtschaftsreformen eingeleitet.

Die politische und wirtschaftliche Öffnung von 1989 löste zunächst eine Aufbruchstimmung aus, die jedoch bereits 1992 in einen gewaltsamen politischen Konflikt mündete, der die 1990er Jahre prägte und als „schwarze Dekade“ in die algerische Geschichtsschreibung eingegangen ist. Ursache war die politische Polarisierung zwischen den von der Öffnung profitierenden islamistischen Gruppen und den weiterhin einem säkularen Entwicklungsweg verpflichteten Teilen der algerischen Gesellschaft, in erster Linie das Militär, die FLN, zivilgesellschaftliche Gruppen und

der Gewerkschaftsverband UGTA (Union Générale des Travailleurs Algériens). Die im September 1989 gegründete und als Partei legalisierte Islamische Heilsfront (FIS) konnte 1990/1991 – auch wegen der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der bisherigen Leistungsbilanz der FLN – ihren gesellschaftlichen und politischen Einfluss deutlich ausbauen, so dass sich bei den ersten pluralistischen Legislativwahlen im Dezember 1991 und Januar 1992 ein deutlicher Wahlsieg abzeichnete. Die Militärführung veranlasste deshalb in Abstimmung mit den säkularen Parteien und überzeugt von der Demokratiefeindlichkeit der islamistischen FIS im Januar 1992 den Wahlabbruch und zwang Präsident Bendjedid zum Rücktritt. Die Folge war ein landesweiter gewaltsamer Konflikt zwischen dem bewaffneten Arm der FIS, der Armée Islamique du Salut, in den weitere bewaffnete islamistische Gruppen eingriffen, und den staatlichen Sicherheitsorganen. Die bewaffneten Auseinandersetzungen der 1990er Jahre forderten zwischen 70.000 und 200.000 Toten und waren von massiven Menschenrechtsverletzungen beider Konfliktparteien geprägt; nach offiziellen Angaben sind rund eine Million Algerier als Folge des Konfliktes traumatisiert.

Zweiter Anlauf für soziale und wirtschaftliche Reformen

Nach der Eindämmung der Auseinandersetzungen ab 1997 auf Grund der Überlegenheit staatlicher Sicherheitskräfte setzte die Militärführung, die von 1995-1999 mit General Liamine Zéroual den Staatspräsidenten stellte, die institutionelle Normalisierungspolitik fort. Der Notstand und damit die Einschränkung politischer Aktivitäten blieb allerdings bis 2012 in Kraft. Der im April 1999 zum neuen Präsidenten gewählte frühere FLN-Außenminister Abdelaziz Bouteflika konnte im Rahmen seiner nationalen Versöhnungspolitik die angespannte Lage weiter beruhigen und die Bevölkerung im September 2005 zur Annahme der nationalen Charta für Frieden und Versöhnung⁴ bewegen.

Die „schwarze Dekade“ hatte wegen der Dominanz der Sicherheitspolitik die weiterhin dringend notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Reformen in den Hintergrund gedrängt. Mit der Verbesserung der Sicherheitslage und angesichts steigender Erdöleinnahmen ab 2003/2004 traten die sozioökonomischen Probleme (Verfall der Kaufkraft, hohe Inflation, Arbeitsplatzmangel, fehlender Wohnraum etc.) erneut in den Vordergrund, weshalb wegen der Unzufriedenheit mit den staatlichen

Tabelle 1: Entwicklungsetappen Algeriens 1962-2012

<i>Datum</i>	<i>Politische Entwicklung</i>
5. Juli 1962	Unabhängigkeit Algeriens von Frankreich; 1. Präsident ab September 1962 Ferhat Abbas
September 1963-Juni 1965	Amtszeit von Präsident Ben Bella; September 1963 1. Verfassung (starkes Präsidialsystem)
19. Juni 1965	Militärputsch unter Oberst Houari Boumedienne, der die politische Dominanz des Militärs institutionalisiert
1965-1978	Amtszeit Boumediennes; ALN und FLN zentrale politische Akteure; sozialistisches Entwicklungsmodell; Tod Boumediennes Dezember 1978
1979	Wahl von Chadli Bendjedid zum Präsidenten
Oktoberunruhen 1988	(Jugend-)Unruhen erschüttern Algerien (zahlreiche Tote) und erzwingen politische Öffnung
Februar 1989	Verfassungsänderung (Ende des FLN-Monopols; Einführung des politischen Pluralismus)
Dezember 1991	Parlamentswahl (1. Wahlgang) mit sich abzeichnendem Sieg der Islamischen Heilsfront
Januar 1992	Vom Militär erzwungener Rücktritt von Präsident Bendjedid; Aussetzung der Parlamentswahlen; Verhängung des Notstandes; kollektiver Staatsrat übernimmt 1992-1995 die politische Führung
1992-1999	„Schwarze Dekade“, geprägt vom Kampf islamistischer Gruppen gegen die staatlichen Sicherheitsorgane und die säkularen Kräfte; mindestens 70.000 Tote; 1995 Wahl von General Liamine Zéroual zum Präsidenten
Seit 1999	Wahl von Abdelaziz Bouteflika zum Präsidenten; nationale Versöhnungspolitik; politische und wirtschaftliche Reformen stocken jedoch; landesweit kontinuierlich unkoordinierte kleinere Proteste; Wiederwahl Bouteflikas 2004 und 2009.
2001-2004	Politisch und wirtschaftlich bedingte Proteste und Unruhen in der Kabylei
Januar 2011	Massive Unruhen in den algerischen Großstädten; nachfolgend umfangreiche Sozialmaßnahmen; Aufhebung des Notstandes als politisches Zugeständnis im Februar
April 2011	Präsident Bouteflika kündigt politische Reformen an; Modifikation zahlreicher zentraler Gesetze
8. Mai 2012	Rede Bouteflikas: „Wir sind erschöpft“ (bezogen auf die erste FLN-Führungsgeneration)
10. Mai 2012	Legislativwahlen; FLN wird Wahlsieger (208 von 462 Sitzen); islamistische Parteien sind die großen Wahlverlierer (alle zusammen nur 59 Sitze)

⁴ Vgl. für Details – online: <www.sudd.ch/event.php?lang=de&id=dz012005> (15. Juni 2012).

Dienstleistungen die landesweiten Proteste wieder zunahmen.⁵ Proteste, einschließlich tätlicher Angriffe auf staatliche Einrichtungen, sind spätestens seit 2005 insbesondere für die jüngere Bevölkerung sowie die autonomen Gewerkschaften zum wichtigsten Ausdrucksmittel für Unzufriedenheit und zum wichtigsten „Kommunikationsmittel“ mit der Staatsführung geworden, vor allem weil die klassischen Partizipationskanäle blockiert oder als ineffektiv eingestuft wurden. Dies gilt, wie zuletzt das *Arab Barometer Algeria* vom April/Mai 2011 zeigte, sowohl für die Parteien und die Zivilgesellschaft als auch für das Parlament, in die mehr als zwei Drittel der Bevölkerung keinerlei Vertrauen haben, weil deren Vertreter nur im Eigeninteresse (Pfründensicherung) handeln und „das Spiel der Administration“ spielen sowie gänzlich korrupt seien.⁶

Die Staatsführung hat die Forderungen der Gewerkschaften und jüngeren Protestierenden zwar zur Kenntnis genommen, darauf aber nicht politisch, sondern angesichts zunehmender Deviseneinnahmen aus dem Kohlenwasserstoffexport (Stand der Devisenreserven Mai 2012: 182 Mrd. US-Dollar) ausschließlich mit der bewährten rentenökonomischen Verteilungsstrategie und sporadischen Teilreformen reagiert. Es wurden dementsprechend Subsidien für Basisprodukte von Zucker bis Butangas erhöht, Sonderprogramme für den Wohnungsbau und Sondermaßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, vor allem der Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen (durchschnittlich 300.000 pro Jahr), aufgelegt. Die notwendige grundsätzliche Debatte über den ordnungspolitischen Kurs (wieviel Staats-, wieviel Marktwirtschaft?, welche Industriepolitik?, welche Position gegenüber ausländischen Direktinvestitionen? etc.) wurde indes genauso wenig geführt wie die überfällige Debatte zur Überwindung der institutionellen und politischen Stagnation. Hier wirkte das sozialistisch geprägte Denken und die Angst vor dem Verlust der Diskurshegemonie nach.

Algerien und der „Arabische Frühling“

Die sich Dezember 2010 in Tunesien immer stärker ausweitenden Unruhen, die den Beginn des

⁵ Vgl. zu den zahlreichen Protesten (chronologische Anordnung seit 2005) die Rubrik „Emeutes“ von *Algeria-watch*, online: <www.algeria-watch.org/fr/article/pol/revolte/emeutes_2005_1.htm> (15. Juni 2012).

⁶ Vgl. *El Watan*, *Democratie, gouvernement, religion, parties, économie, citoyeneté – ce que pensent les Algériens*, Algier, 17. Januar 2012.

„Arabischen Frühlings“ markierten, lösten auch in den größeren Städten Algeriens Anfang Januar 2011 einmal mehr massive Proteste aus. Bei diesen Protesten standen allerdings weniger die politischen als vielmehr die sozioökonomischen Probleme, wie hohe Preissteigerungen und die generell schwierigen Lebensbedingungen, im Mittelpunkt. Die Proteste forderten zwar gleichfalls vor allem in Algier mehrere Todesopfer unter den überwiegend jugendlichen Demonstranten, wuchsen aber trotz zahlreicher Selbstverbrennungen nie zu jenen Massenprotesten an, die in Tunesien am 14. Januar und in Ägypten am 11. Februar 2011 die Staatspräsidenten zu Fall brachten. Drei Faktoren werden hierfür, auch von algerischen Analysten, für entscheidend gehalten:

1. Das nachhaltige Trauma der „schwarzen Dekade“, das heißt die Ablehnung neuer politischer Experimente, deren Ausgang unkalkulierbar und unsicher ist.
2. Die Reaktion der algerischen Staatsführung, die auf die blutigen Unruhen vom Januar 2011 schneller und umfassender als früher reagierte (Senkung der Preise für Grundnahrungsmittel, Bereitstellung hoher Millionenbeträge für den Wohnungsbau, Sonderprogramme gegen Jugendarbeitslosigkeit).
3. Massive Differenzen zwischen den Protestgruppen, die sich positiv auf die Strategie der Staatsführung auswirkten, mittels materieller Zuwendungen den sozialen Frieden zu erkaufen. Die Protestgruppen hatten sich noch im Januar 2011 zur Nationalen Koordination für den Wandel und die Demokratie zusammengeschlossen, um den Kampf für politische Reformen zu organisieren, zerstritten sich aber nach einem ersten gemeinsamen Protestmarsch am 12. Februar 2011 bereits Ende des Monats. Streitpunkt war die Frage, ob neben den verschiedenen Vereinigungen der Zivilgesellschaft auch die Parteien in die Nationale Koordination einbezogen werden sollten.

Algerien stellt unter dem Aspekt der „Kontamination“ durch den „Virus des Arabischen Frühlings“ folglich eine auch von zahlreichen algerischen Politikern gern angeführte Ausnahme („L'exception algérienne“) dar. Allerdings blieb Algerien nicht gänzlich von den Entwicklungen unberührt. Insbesondere der ab März 2011 in Libyen eskalierende Bürgerkrieg bewirkte, dass Präsident Bouteflika in einer Rede an die Nation am 15. April 2011 politische Reformen, inklusive einer späteren

Verfassungsreform, zur Stärkung der Bürgerbeteiligung ankündigte. Im zweiten Halbjahr 2011 wurde von der Regierung in diesem Sinn – allerdings ohne vorherige Generaldebatte über die Reformziele – die Revision wichtiger Gesetze in die Wege geleitet. Modifiziert wurden u.a.

- Das Parteiengesetz: Die administrativen Erleichterungen für Parteigründungen führten Anfang 2012 zur Gründung von zehn neuen Parteien, darunter auch weiteren islamistischen Parteien.
- Das Vereinsgesetz: Einerseits wurde die Gründung von Vereinen vereinfacht, andererseits wurden die Vorschriften zur Zusammenarbeit mit ausländischen Einrichtungen – darunter die deutschen politischen Stiftungen – deutlich erschwert.
- Das Wahlgesetz: Unter dem Druck der Frauenorganisationen wurde eine Frauenquote auf den Wählerlisten durchgesetzt, die dazu führte, dass bei den Parlamentswahlen im Mai 2012 in der Tat von den 462 Sitzen 143 (33 Prozent) an Frauen fielen.⁷ Algerien schneidet deshalb hinsichtlich der Frauenrepräsentanz im Parlament im Vergleich zu Tunesien, Marokko und Ägypten, wo im Herbst und Winter 2011/2012 ebenfalls neue Parlamente gewählt wurden, in denen aber nur wenige weibliche Abgeordnete sitzen, sehr gut ab.

Die modifizierten Gesetze, die alle im Dezember 2011 und Januar 2012 von der Nationalversammlung verabschiedet wurden und spätestens Ende Januar 2012 in Kraft traten, ließen die Kritik an den alten Gesetzestexten jedoch nicht verstummen. Wie das neue Vereinsgesetz oder das Informationsgesetz exemplarisch zeigten, wurden trotz aller Zugeständnisse die staatlichen Kontrollmöglichkeiten nicht drastisch zurück genommen. Auch die Aufhebung des im Januar 1992 verhängten Notstandes am 24. Februar 2012 bedeutet keinen grundlegenden qualitativen Einschnitt, denn die Kontrollbestandteile der Notstandsbestimmungen haben längst in andere Gesetze Eingang gefunden. Die eingeleiteten Reformen entsprachen somit nicht den von Journalisten, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Oppositionsparteien seit dem Demokratisierungsabbruch 1992 geforderten grundlegenden Eingriffen. Die Hoffnungen auf weitere Reformschritte und einen Wandel in der Zusammensetzung der politischen Führungselite wurden deswegen auf die am 10. Mai 2012 gewählte

Nationalversammlung und die neue Regierung sowie perspektivisch auf die für April 2014 anstehende Präsidentschaftswahl projiziert.

Speziell das Thema „Wandel der politischen Führungselite“ hat seit Jahresanfang 2012 deutlich an Profil gewonnen. Seit der Unabhängigkeit werden die politischen Geschicke des Landes grosso modo von derjenigen Generation geleitet, die den Unabhängigkeitskampf 1954-1962 ausfocht und in den 1960er Jahren die sozialistische Einparteiherrschaft etabliert hatte. Der Politologe Abdel Nasser Jabi (Jabi 2012) nennt sie die erste Revolutionsgeneration, gefolgt von der ideologisch weitaus ausdifferenzierteren, aber politisch marginalisierten Generation der Post-Unabhängigkeit, deren Söhne, die dritte Revolutionsgeneration, in den 1980er Jahren zeitgleich mit der Identitätskrise des Nationalstaates (Islamismus versus Säkularismus, Aufschwung der Amazighité, Arabisierungspolitik usw.) und den sozioökonomischen Problemen groß geworden waren und die Träger der heutigen Protestbewegung sind. Angesichts des hohen Alters der die Politik seit 50 Jahren bestimmenden Elite (Präsident Bouteflika ist 1937 geboren) befindet sich Algerien deshalb derzeit in einer Phase des personellen Umbruchs (Werenfels 2007), wobei offen ist, in welcher Zusammensetzung zukünftig die zweite und dritte Revolutionsgeneration politische Führungsämter übernehmen wird. Jedenfalls mehren sich die Forderungen, dass die erste Generation endlich abtreten soll,⁸ zumal Präsident Bouteflika in seiner Rede vom 8. Mai 2012 in Sétif selbst erstmals öffentlich feststellte, dass „die Revolutionsgeneration müde sei“.⁹ Er zog indes aus dieser Feststellung für sich selbst (sein Mandat läuft noch bis April 2014) nicht die entsprechenden Konsequenzen, um den Weg für einen physisch leistungsfähigeren Präsidenten freizumachen. Einem Nachfolger im Präsidentenamt wird die Herkulesaufgabe zukommen, die politische Erstarrung zu überwinden und eine demokratisch inspirierte Verfassungsreform erst einmal in Angriff zu nehmen. Diese Aufgabe ist schwer genug angesichts einer mit Blick auch auf die Entwicklungen in den Nachbarländern Libyen und Mali hochprioritären Sicherheitsagenda, einer noch immer engen zivilmilitärischen Verflechtung, einem fragmentierten

7 Vgl. zum Hintergrund auch das Interview mit der algerischen Frauenrechtlerin Nadia Ait Zai „Wir brauchen eine komplette Veränderung des Herrschaftssystems“, in: *Qantara*, Bonn, 12. Juni 2012.

8 So z. B. Ex-Außenminister Brahimi, *Ca suffit! Il faut céder la place*, in: *Algerie-Focus*, 19. März 2012.

9 Vgl. Text der Rede: online: <www.algerie-focus.com/blog/2012/05/08/discours-integral-de-bouteflika-a-setif/> (15. Juni 2012).

und zumindest bislang konsensunfähigen Parteiensystem und einer Wirtschaftsstruktur, die von Korruption geprägt sei und von mafiösem Geld gesteuert werde, wie Premierminister Ouyachia in seiner an Klarheit nicht zu beanstandenden Rede vom 2. Juni 2012 zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Blockade Algeriens kritisierte.¹⁰

Perspektiven vor dem Hintergrund der Wahlen vom Mai 2012

Die Wahl zur algerischen Nationalversammlung am 10. Mai 2012 ist politisch weit weniger bedeutsam als die entsprechenden Wahlen in Tunesien oder Ägypten; in diesen beiden Staaten haben die Legislativinstanzen die prioritäre Aufgabe, neue Verfassungen auszuarbeiten. Die neu gewählte algerische Nationalversammlung ist aber explizit keine verfassungsgebende Versammlung und nur mittelfristig mit einer Verfassungsreform befasst. Bedeutsam ist die Wahl allerdings hinsichtlich des Wahlergebnisses, weil – anders als von der Grünen Allianz, dem Zusammenschluss der drei islamistischen Parteien MSP, Ennahda und El Islah erwartet –, nicht sie, sondern überraschend die FLN (208 Sitze) und eine Abspaltung der FLN, der Rassemblement National et Democratique (RND; 70 Sitze), den Sieg davontrugen und damit die Siegesserie der Islamisten in Nordafrika unterbrachen. Die Grüne Allianz konnte lediglich 50 Sitze gewinnen. Die Wahlbeteiligung lag mit (geringen) 43,14 Prozent höher als erwartet.¹¹ Die absolute Mehrheit von FLN und RND, die zusammen 278 von 462 Sitzen erhielten, ist zwar eine günstige Voraussetzung zur Fortsetzung einer dem Säkularismus verpflichteten Politik. Doch wird dadurch die reale Inangriffnahme der bestehenden Probleme nicht einfacher, sind doch FLN und RND für die aktuelle blockierte Situation mitverantwortlich. Zudem ist die FLN intern gespalten und FLN-Generalsekretär Belkhadem, auch wenn er Mitte Juni 2012 vom Zentralkomitee der Partei wieder zum Generalsekretär gewählt worden ist, umstritten. Kritiker werfen ihm u.a. eine zu große Nähe zu Islamisten vor.

Unabhängig davon, wer bei der anstehenden Regierungsumbildung nach den Legislativwahlen als Nachfolger des noch amtierenden Premierministers Ahmed Ouyachia (RND) antritt, wird

sich die nächsten eineinhalb Jahre die Politik um die Nachfolge des kranken Präsidenten Bouteflika drehen. Ambitionen haben hier vor allem Ouyachia sowie der amtierende FLN-Generalsekretär Belkhadem. Der mit großer Machtfülle ausgestattete Präsident ist die zentrale und einzige Person im algerischen politischen System, die in Abstimmung mit dem Militär sukzessive eine graduelle politische Neuorientierung vornehmen kann. Die derzeit geäußerten radikalen politischen Reformvorschläge, u.a. von Seiten des islamistischen Predigers El Hachemi Sahnouni (Zehn Vorschläge zur Überwältigung der Krise, in: *El Watan*, 1. Juni 2011) oder des Ex-Generals Mohand Yala (Der Wandel kann nur radikal sein, in: *El Watan*, 6. April 2012), haben wegen der Unkalkulierbarkeit der realen Folgen keine Chance auf Umsetzung. Im Übrigen gilt, was der algerische Politologe Menas Mesbah betonte: Demokratie ist kein politischer Beschluss, sondern ein Prozess.¹² In Algerien seien die Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung dieses Prozesses noch längst nicht vorhanden – vor allem fehle es an Bildung und politischem Bewusstsein. Die anstehende Übergangsperiode wird folglich schwierig werden.

Literatur

- Arab Center for Research and Policy Studies (ACRPS) (2012), *The may 2012 legislative elections in Algeria*, Doha, online: <www.dohainstitute.org> (15. Juni 2012).
- Association Algérienne de Développement de l'économie de Marché (AADEM) (2012), *Le bilan de 50 ans de l'économie algérienne*, vier Teile, online: <www.algerie-focus.com> (15. Juni 2012).
- Darbouche, Hakim (2011), *Algeria's failed transitions to a sustainable polity*, Brüssel: Centre for European Policy Studies, MedPro Report, 8.
- Faath, Sigrid (1992), *Algerien – Gesellschaftliche Strukturen und politische Reformen zu Beginn der neunziger Jahre*, Hamburg: Deutsches Orient-Institut.
- Jabi, Abdel Nasser (2012), *The impasse of political transition in Algeria: Three generations and two scenarios*, Doha: ACRPS, online: <www.dohainstitute.org> (15. Juni 2012).
- Nacer, Abderrahmane Hadj (2012), *La martingale algérienne. Reflexions sur une crise*, Algier: Editions Barzakh.
- Werenfels, Isabelle (2007), *Managing Instability in Algeria: Elites and Political Change since 1995*, London: Routledge.

¹⁰ Vgl. *Algerie-focus*, Analyse du discours du premier ministre sur l'échec politique, 7. Juni 2012.

¹¹ Vgl. ACRPS 2012 und online: <www.confluences-mediterranee.com/Les-elections-legislatives-de-2012> (15. Juni 2012).

¹² *El Watan*, La démocratie n'est pas une décision politique à prendre, 14. Juni 2012.

■ Der Autor

Dr. Hanspeter Mattes ist stellvertretender Direktor des GIGA Instituts für Nahost-Studien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die innen- und außenpolitischen Entwicklungen, Soft-Security-Probleme und religiöse Entwicklungen in Nordafrika.

E-Mail: <hanspeter.mattes@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/mattes>>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ politische Transformationsprozesse, die Bedeutung von Wahlen sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert. Der GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ untersucht im Rahmen seines Forschungsteams 3 „Kriegs- und Friedensprozesse“ u.a. Ansätze zur Beseitigung von nationalen Konfliktherden und der Generierung von friedensorientierten Entwicklungsdynamiken.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Eibl, Ferdinand (2011), *Parlamentswahlen in Marokko: Ende oder Anfang eines „marokkanischen Frühlings“?*, GIGA Focus Nahost, 11, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Faath, Sigrid, und Mattes, Hanspeter (2011), *Der Machtwechsel in Tunesien und politische Reformperspektiven in Nahost*, GIGA Focus Nahost, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

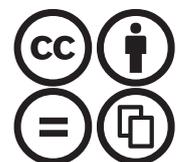
Mattes, Hanspeter (2012), *Domestic Security in the Maghreb: Deficits and Counter-Measures*, GIGA Working Papers, 186, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Ranko, Annette, und Elizabeth Iskander (2012), *Präsidentenwahlen in Ägypten: Chancen und Herausforderungen für Mohammad Mursi*, GIGA Focus Nahost, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2011), *Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM